

**Ernst Lohoff**

## **EINER MUSS DEN BLUTHUND MACHEN**

### **Anmerkungen zur neuen Sozialdemokratie und ihrer historischen Mission**

*„Die Politik, die aus diesem Chaos unter Schmerzen geboren wird, wie klein und häßlich auch immer, ist in ihren Grundzügen richtig... Einstweilen treiben sich CDU und CSU in einem Niemandsland der Unverantwortlichkeit herum... Dagegen ist die deutsche Sozialdemokratie, was eigentlich auch ihrer Tradition entspricht, noch einmal im sauren Dienst am Vaterland zu beobachten, bei der Erfüllung einer patriotischen Pflicht“ (Jan Ross, Leitartikel der „Zeit“ vom 14.10.99.)*

#### **1. Die Echternacher Republik**

Noch nie in der bundesdeutschen Geschichte hatte es von einer frisch gewählten Regierung derart schnell und unisono geheißен, sie habe abgewirtschaftet. Kaum hatten sich die rot-grünen Minister in ihren Büros halbwegs eingerichtet, schon waren sich die Kommentatoren einig: Macht die Koalition so weiter, dann wird sie eine bloße Episode bleiben.

In ihren Hoffnungen als bald verraten sahen sich zunächst diejenigen, die nach 16 Jahren Kohl auf einen „Politikwechsel“ gesetzt und von einer Neuauflage der sozialdemokratischen Reformpolitik in den frühen 70er Jahren geträumt hatten. Enttäuscht zweifelten sie, daß Rot-Grün mit der Politik der „neuen Mitte“ überhaupt noch jemanden mobilisieren könne: „Im Moment scheint es so, als habe es Rot-Grün darauf angelegt, nicht erneut eine Mehrheit zu finden und viele Unterstützer fragen sich, warum machen die das bloß?“<sup>1</sup>, resümierte in diesem Sinn etwa die linksakademische Theoriezeitschrift „Prokla“ und zog eine verheerende Zwischenbilanz: „Rot-Grün, verstanden als ein Projekt einer wenigstens ansatzweisen Alternative zur

<sup>1</sup> Editorial der „Prokla“ 116, S. 348.

konservativ neoliberalen Politik der Vorgängerregierung, ist bereits in diesem ersten Regierungsjahr abgestürzt.<sup>42</sup>

Sein Fett bekam Rot-Olivgrün freilich auch reichlich vom heiß umworbenen „bürgerliche Lager“ ab. Rot-Grün, so hieß es in den einschlägigen Blättern, reime sich auf „Dilettantismus“ und Kakophonie und stehe für ein Jahr, das durch unausgorene Gesetzesinitiativen und Orientierungslosigkeit gekennzeichnet gewesen sei. Allenthalben mußten sich Schröder und Co. die Frage nach ihrer Politik- und Handlungsfähigkeit gefallen lassen.

Der wertere „Souverän“, der Wähler, wollte ebenfalls von der Mannschaft, der er im Herbst 1998 einen Erdrutschsieg beschert hatte, nicht mehr allzuviel wissen und wandte sich von der SPD und den Grünen ab. Eine Landtagswahl nach der anderen endete 1999 für die Regierungsparteien desaströs. Nicht wenige hörten bereits die Totenglocken läuten, verkündeten die Demontage des großen Machers aus dem Norden und erklärten die Schröder-Regierung zu einem Anhängsel der Kohlschen „Stagnationsära“.

Gleich in mehrererlei Hinsicht mußte angesichts dieser Abgesänge indes ein erhebliches Maß an Skepsis angebracht sein. Das Regierungsschicksal von Schröder konnte so schnell nicht als besiegelt abgehakt werden. Totgesagten ist, wie nicht zuletzt 16 Jahre Kohl gezeigt haben, bekanntlich gerade im oberflächlichen politischen Geschäft oft ein ziemlich langes Leben beschieden; und was sagt ein demoskopisches Tief, in das die SPD abgesackt war, denn schon aus in einer Stimmungsdemokratie, die immer weniger von irgendeiner langfristigen politischen Orientierung bestimmt wird und die sich wie die Aktienmärkte durch ein hohes Maß an Volatilität auszeichnet? Über die Ergebnisse der nächsten Bundestagswahl konnte damit noch längst nicht entschieden sein<sup>3</sup>. Wenn die abgewählten Regierungsparteien, wie es unabhängig von den rotgrünen Pleiten, Pannen und Unsäglichkeiten von Anfang an absehbar war, in der Opposition eine ähnlich klägliche Rolle spielen müssen wie einst die SPD selber unter Kohl, dann war ebenso absehbar, daß die deutsche Sozialdemokratie das „Schwächemessen“ mit CDU/CSU und FDP durchaus auch wieder für sich entscheiden konnte. Tatsächlich hat sich ja inzwischen die CDU innerhalb weniger Wochen durch die Mafia-Farce ihrer Spendenaffäre aus den politischen Stimmungs-Charts selber wieder hinauskatapultiert. Ein Wettbewerb, wer die größeren Gauner und Tölpel in die Arena treiben kann, ist eben unberechenbar.

Ob die Sozialdemokratie sich länger an den „Schalthebeln der Macht“ halten wird oder nicht, bleibt indes eine sekundäre Frage. Viel wichtiger ist etwas anderes. Als Fehlstart kann das erste Regierungsjahr von „Rot-Olivgrün“ nur erscheinen, wenn man dessen Ergebnisse an einer emphatischen Vorstellung von Politik mißt. Wer

2 A.a.O., S. 346.

3 Je mehr die politischen Entscheidungsträger auf das Ergebnis von aktuellen Meinungsumfragen starren, um so mehr haben diese ihre Aussagekraft schon verloren.

vom Staat erwartet, er müsse und könne die gesellschaftlichen Beziehungen durch sein souveränes Handeln nach demokratisch legitimierten Zielvorgaben „gestalten“, der muß sich natürlich Wolf-Dieter Narr Verdikt anschließen: „Die ‚unverbrauchten‘, ‚neuen‘ Regierungsparteien und ihre exekutiven Vertreterinnen und Vertreter haben keine Politik zu bieten, die diesen Namen verdiente.“<sup>4</sup> Allein, soweit Politik überhaupt je Ähnlichkeit mit der in solchen Aussagen unterstellten Funktion hatte, kann im Krisenkapitalismus unserer Tage davon in keiner Weise mehr die Rede sein. Der Anwurf beruht schlicht auf hoffnungslos anachronistischen und illusionären Voraussetzungen.

In einem Zeitalter, das von der Implosion des Spannungsfeldes von Markt und Staat gekennzeichnet ist, muß man Rot-Olivgrün sogar gegen den Augenschein durchaus so etwas wie eine „historische Mission“ zusprechen, so man diesen pathetischen Begriff einmal ironisch, also im Kontext des warengesellschaftlichen Autokannibalismus, verwenden will. Die Politikgläubigen mögen in der Vorgehensweise von Rot-Grün nur Stümpertum erkennen; aber vielleicht sind die vermeintlichen „Unzulänglichkeiten“ durchaus die adäquate Form, um die grundlegende Misere des Politischen zu verwalten und sie zugleich ideologisch zu eskamotieren – also genau in diesem Sinne durch und durch funktional? Gerade in Deutschland ist das herrschende Bewußtsein sicherlich schizophran genug, um beständig das Elend des Politischen zum bloßen Politikerversagen zu verharmlosen und trotzdem in einem Atemzug die grundlegende Paralyse der Politik als unhintergebares Faktum zu akzeptieren.

Es ist keineswegs auszuschließen, daß dieses Doppeldenk in einer Art sado-masochistischen Wendung, indem nämlich der beschleunigte Übergang zur sozialen Apartheids-gesellschaft als Voraussetzung für die Restauration staatlicher Gestaltungskompetenz definiert und begründet wird, innerhalb des warengesellschaftlichen Gesamtirrsinns mittelfristig konsens- und mehrheitsstiftend wirken kann. Praktisch wird das sozialdemokratische Pseudoprogramm der „Wiedergewinnung politischer Handlungsfähigkeit“ natürlich nicht weit tragen, legitimatorisch kann sich das aber durchaus etwas anders darstellen.

Wie dem aber auch sei: Die neue Sozialdemokratie unter dem „Autokanzler“ Schröder ist allemal dabei, die Verhältnisse in der BRD und deren geistiges Klima schneller und einschneidender zu verändern als jede Regierung vor ihr. Wer die neue „Berliner Republik“ als „Echternacher Republik“ bespöttelt, sollte sich nicht täuschen lassen. In all den Wirrungen und Irrungen von Rot-Olivgrün mendelt sich durchaus ein konsistentes Programm heraus, ein soziales Abriß- und Ausschlußprogramm. Der Schrödersche „Pragmatismus“ setzt neue Maßstäbe und bringt die

4 Wolf-Dieter Narr, Gegenwart und Zukunft einer Illusion. Rot-Grün und die Möglichkeiten gegenwärtiger Politik, in: Prokla 116, S. 352.

„Berliner Republik“ auf einen konsequent wirtschaftskompatiblen Kurs in der Sozialpolitik, der sich auf den Einsatz der Arbeitspeitsche zentriert. Gebt dem neuen Kanzler fünf Jahre Zeit, und ihr werdet die Bundesrepublik nicht wiedererkennen. Kohl hatte einst von einer geistig-moralischen Wende gesprochen, aber erst Rot-Grün steht für einen wirklichen Umbruch im schlimmsten Sinne des Wortes. Und der geht noch viel tiefer als das, was Blair gerade in Großbritannien unternimmt. Selbst wenn Schröders Kanzlerschaft auch nicht annähernd so lange währen sollte wie die seines Vorgängers, das rot-grüne Regime ist dennoch allemal mehr als ein Intermezzo. Es spielt in einer historischen Schlüsselphase eine transitorische Rolle. Denn es bringt die Politik entscheidende Schritte näher an den Beruf heran, den sie im Niedergang der Warengesellschaft allein ausfüllen kann: die fundamentale Krise der Arbeitsgesellschaft zu leugnen und gleichzeitig diese Krise durch deren Externalisierung zu exekutieren.

Das 20. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Politik und der Politik-Emphase. Das staatliche Handeln wurde seit dem Ersten Weltkrieg nicht nur für das Alltagsleben in einem vorher unvorstellbaren Grade bestimmend; ohne den dazugehörigen Irrglauben, daß es sich bei der Politik im Guten wie im Bösen um die gesellschaftsgestaltende Kraft schlechthin handelt, wäre die gesamte Entwicklung der letzten 90 Jahre mit ihren zahllosen Greueln undenkbar gewesen. Die Rückbesinnung auf den Staat und seine Pflichten, wofür die neuerliche Renaissance der Sozialdemokratie in Europa steht, fügt sich in diesen säkularen Kontext ein. Sie kann als Fortsetzung und Schlußkapitel der großen Politikillusion gelten. Gerade deshalb läßt sich der historische Gehalt des neuen Sozialdemokratismus aber nur verstehen, wenn man den Boden der Politikreligion verläßt, um sie und ihre Geschichte erst einmal selber als Gegenstand ins Blickfeld zu rücken. Schröder und Co. sind die Enkel vieler Großväter. Indem wir zunächst die Mysterien des großen „sozialdemokratischen Zeitalters“ (Dahrendorf) und seines Endes in den späten 70er Jahren ein wenig ausleuchten, kommen wir in die Lage, uns einen Zugang zur Analyse seines seltsamen Revivals zu verschaffen.

## **2. Die Politikillusion als ein notwendig falscher Schein**

Die Geschichte der Moderne ist wesentlich eine Geschichte von Staat und Markt. Diese beiden Instanzen sind nicht nur gleichermaßen als Resultat eines übergreifenden „Rationalisierungsprozesses“ zu betrachten, der an die Stelle traditioneller persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse die Herrschaft der abstrakten sozialen Vermittlungsmedien Geld und Recht gesetzt hat – und insofern als die beiden Pole eines gesellschaftlichen Ganzen aus einer gemeinsamen Wurzel; der gesamte neuzeitliche Versachlichungsprozeß läßt sich zugleich auch als das Gemeinschaftswerk dieses

institutionellen Geschwisterpaars beschreiben. In stetem Wechselspiel haben Markt und Staat der Warengesellschaft ihr Gesicht gegeben.

Schon beim Urverbrechen der Moderne, der „ursprünglichen Expropriation“, traten beide Momente gewissermaßen als Komplizen auf. Aus ihrer Eigendynamik heraus hätte die im ausgehenden Mittelalter neu erblühte marktwirtschaftliche Nischenproduktion nie und nimmer die ihrer Ausbreitung entgegenstehenden vorwarenformigen Reproduktionsformen verdrängen können. Dazu bedurfte es schon eines langen, mit außerökonomischer Gewalt geführten Vernichtungsfeldzugs; und der konnte nur das Werk der sich formierenden jungen Territorialstaaten sein. Sie allein waren in der Lage, den Weg zur Reorganisation der Reichtumsproduktion im Zeichen des Geldes freizusprennen. Angesichts ihres unersättlichen Geldhungers, der vornehmlich auf die Einführung der Feuerwaffen und der damit einhergehenden Ablösung des Kriegswesens von der naturalwirtschaftlichen Basis zurückzuführen war, hatten sie aber nicht nur die Möglichkeit, sondern auch ein existentielles Interesse an der Übernahme dieser Mission.

Die symbiotische Beziehung von steuergeilem Territorialstaat und Markt kennzeichnet aber nicht allein die Kindertage der Moderne; sie prägt deren gesamte Entwicklungsgeschichte. Im 20. Jahrhundert erreichte der Doppelprozeß von marktwirtschaftlicher Durchdringung und Etatisierung schließlich seinen Kulminationspunkt. Die Totalisierung der Warenbeziehung und das damit einhergehende Steigen des Produktivitäts- und Vergesellschaftungsniveaus war ohne die Potenzierung der Macht des Leviathan, der sukzessive den gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß seinem Zugriffsbereich einverleibte, nicht zu haben. Das Paradox einer ungesellschaftlichen Gesellschaftlichkeit erzwingt nämlich nicht nur prinzipiell die Aussonderung einer abstrakten Allgemeinheit; weil eine in nackte Geld- und Warensubjekte aufgelöste Gesellschaft ihre eigenen Voraussetzungen nur soweit in eigener Regie sicherstellen kann, wie diese sich als profitabel verkäufliche Waren darstellen lassen, ist es am Staat, den ständig wachsenden „Rest“ zu erledigen. Angesichts der Zersetzung aller intermediären Gewalten ist nur er in der Lage, die mit dem Steigen des Vergesellschaftungs- und gleichzeitig Vereinzelnungsniveaus kontinuierlich umfänglicher werdenden allgemeinen Rahmenbedingungen konkurrenzgesellschaftlicher Reproduktion sicherzustellen; bekanntlich vom flächendeckenden Verkehrsnetz über die sozialen Sicherungssysteme und das Gesundheitswesen bis zur öffentlichen Verwaltung.

Aber nicht nur der Markt bedarf in seiner säkularen Expansionsbewegung der Ausdehnung des staatlichen Zugriffsbereichs; umgekehrt ist auch Staat seinerseits, da er über keine eigenen, von der Wertproduktion unabhängigen Quellen gesellschaftlichen Reichtums verfügt, nicht nur legitimatorisch auf Gedeih und Verderb von der marktvermittelten Erzeugung abstrakten monetären Reichtums abhängig. Daß im 20. Jahrhundert – quer zu der jeweiligen politisch-ideologischen Ausrichtung

– in allen Ländern der durch die staatliche Redistribution geschleuste Teil der gesellschaftlichen Wertmasse beständig und unaufhaltsam angewachsen ist, kann als Indikator für die säkulare Etatisierungstendenz gelten.<sup>5</sup> Dies verweist zugleich darauf, wie wenig sich die Staatlichkeit als ein abgeleitetes Moment der warengesellschaftlichen Formation von der Basisbewegung der Wertschöpfung emanzipieren kann.

Die für das 20. Jahrhundert bestimmenden Ideologien sind allesamt als konkurrierende Varianten von warengesellschaftlichem Binnenbewußtsein zu begreifen. Als solche haben sie einhellig die für die moderne Gesellschaft konstitutive Basislogik von Wert und Ware ausgeblendet bzw. haben sie wie eine Naturgegebenheit immer schon als selbstverständlich vorausgesetzt. Indem das ideologische Denken aber von der gemeinsamen Grundlage beider Pole warenförmiger Vergesellschaftung absieht, muß sich ihm das immanente Spannungsverhältnis von Staat und Markt in einen absoluten Gegensatz verwandeln. Während sich realanalytisch die „Inwertsetzung“ der Gesellschaft nur als Doppelbewegung von Etatisierung und Verallgemeinerung von Marktbeziehungen fassen läßt, hat sich dieser Prozeß vom Binnenstandpunkt seiner Protagonisten aus dementsprechend stets als Kampf feindlicher Prinzipien dargestellt. Der säkulare Etatisierungsschub wird ganz in diesem Sinne konsequent statt als Moment der Verallgemeinerung wertförmiger Vermittlung als sein eigenes Gegenteil, also als deren „Zurückdrängung“, mißverstanden.

Diese Verkehrung hätte schwerlich das Denken des 20. Jahrhunderts so uneingeschränkt beherrschen können, wenn ihr nicht einige Spezifika in der Durchsetzungsgeschichte des Interventionsstaats eine gewisse scheinbare Plausibilität verliehen hätten. Zunächst einmal war es die Hebammenrolle des Krieges bei der Herausbildung des Leviathan, die vom inneren Zusammenhang der Etatisierung und der Vermarktwirtschaftlichung ablenkte. Der entscheidende Paradigmenwechsel, der Übergang vom „Nachtwächterstaat“ zum Interventionsstaat, trat historisch nämlich nicht erst ein, nachdem endogene Krisen die Dysfunktionalität eines auf ökonomische Abstinenz eingeschworenen Staates für den weiteren Vormarsch der Marktbeziehungen bereits offensichtlich gemacht hatten. Unter dem Vorzeichen großer militärischer Konfrontationen waren alle wesentlichen Elemente, aus denen sich nach dem Zweiten Weltkrieg der interventionistische Wohlfahrts-Leviathan formieren sollte, quasi in vorseilendem Gehorsam vorfabriziert worden. Diese unfriedliche Vorgeschichte des Wohlfahrtsstaates schien aber auch die Vorstellung zu decken, beim Endresultat handele es sich um eine vom marktwirtschaftlichen Normalbetrieb abweichende Kraft. Was im Rahmen der totalen Mobilmachung aller ökonomischen Ressourcen für den politisch-militärischen Zweck begonnen hatte, wurde insgesamt

5 Selbst in den USA mit ihrer antietatistischen politischen Kultur kletterte die Staatsquote in diesem Jahrhundert von 8,0% (1913) über 21,4% (1950) und 31,1% (1973) schließlich auf immerhin 38,5% (1992). (Quelle: Monitoring the World Economy 1820-1992 OECD, Paris 1995, S. 65).

als die geglückte Domestizierung des ökonomischen Selbstlaufes durch eine selbstbewußt gewordene Politik interpretiert.

Mindestens ebensowohl wie ihre wesentlich kriegerische Durchsetzungsform hat noch ein anderes Merkmal der Etatisierungsgeschichte dazu beigetragen, daß die relative Selbständigkeit des staatlich-politischen Handelns von den Imperativen des Marktes so beharrlich als absolute Souveränität gegenüber der basalen Verwertungs- bewegung mißinterpretiert wurde. Die Idee des zivilen Interventionsstaates war in den Binnenkonflikten, die den Aufstieg der Warengesellschaft begleiteten, wesentlich „links“ besetzt; und bis heute hat sich ihr oppositioneller Geruch nicht ganz verflüchtigt. Gerade die Fixierung auf die Staatsidee bedeutet zwar letztlich die Reduktion des emanzipativen Impulses auf ein systemkompatibles Vorgehen; die Verschränkung von emanzipativem Anspruch und Modernisierungsfunktion in der Vorstellung von „linker Politik“ weckte indes zugleich den Anschein, als wäre die Etatisierung der Weg, auf dem diese Gesellschaft über sich selber hinausgetrieben werden könnte. Weil verrückterweise die widerborstigen und konservativ beharrenden „bürgerlichen Kräfte“ sich erst vom Druck einer vermeintlichen sozialistischen Fundamentalopposition ihr eigenes systemimmanentes Glück aufnötigen ließen, erschien dieses Resultat auch schon als halbe Systemtransformation.

Vor diesem Hintergrund ist natürlich auch der östliche Realsozialismus und sein (Selbst)verständnis zu sehen. Daß der „sozialistische Staat“, indem er den immanenten Gegenpol des Marktes unter seine direkte Ägide gestellt hatte, die Spannung von einzelbetrieblicher Konkurrenz und abstrakter Allgemeinheit bloß verlagert und paradoxerweise zu einem neuen, dem nunmehr übergreifenden Staat selber immanenten Widerspruch gemacht hatte, verwechselte das landläufige Bewußtsein in Ost wie West stur mit der Auslöschung der auf der Basis von Warengesellschaft unaufheb- baren Polarität. Die staatliche Administrierung des Marktes erschien als dessen Abschaffung und wurde damit zu einer der Hauptstützen der Politikillusion. Die Entstehung einer hermaphroditischen Ordnung, in der die abstrakte Allgemeinheit des Staates letztlich auf Kosten der Funktionsfähigkeit des Ganzen auch die unmittelbaren Marktfunktionen in die Hände nahm, galt Freund wie Feind als unumstößlicher Beweis dafür, daß der Staat den Markt nicht nur in seine Schranken weisen und zurückdrängen, sondern (wenn er nur will) sogar auslöschen kann.

Der Glaube an den Primat der Politik wurde zuerst vom Marxismus proklamiert. Seine theoretische Erstbegründung fand er in der von Hilferding formulierten und von den Bolschewiki alsbald übernommenen Vorstellung einer angeblichen „Aufhebung des Wertgesetzes im monopolistischen Kapitalismus“. Seit dem Erscheinen von Hilferdings „Finanzkapital“ bürgerte es sich ein, den von Marx so beharrlich betonten und im Fetischismus der Warenform verankerten selbstläufigen Charakter kapitalistischer Entwicklung zu einem Sondermerkmal des „verflossenen Konkurrenzkapitalismus“ zu erklären. Damit aber war ein radikal ökonomiekritischer, mit

der Positivierung der Warenform inkompatibler Ansatz von Kapitalismusanalyse endgültig zugunsten einer rein soziologistischen Interpretation kapitalistischer Herrschaft entsorgt. Was lag im Rahmen dieser Deutung aber näher, als einen Schritt weiterzugehen und im Staat, der als unmittelbarer „Ausdruck der Klassenverhältnisse“ (statt als politische abstrakte Allgemeinheit warenproduzierender Systeme, analog zur ökonomischen abstrakten Allgemeinheit des Geldes) verstanden wurde, den archimedischen Punkt jeder gesellschaftlichen Transformation über den Markt hinaus zu sehen? Die soziologistische Illusion fand dementsprechend im Glauben an die Demiurgenrolle des Politischen ihre logische Fortsetzung.

### **3. Keynes: ein Liberaler begründet das sozialdemokratische Zeitalter**

Die Sozialisten hatten eine ganze neue Politikemphase eingeführt. In einer mit dem Klassenkampfdenken verwobenen Version konnte sich der Glaube an die Politik indes schwerlich verallgemeinern und auch die Gegenspieler von marxistischen Sozialdemokraten und Bolschewiki ergreifen. Die Neubewertung der Rolle des Staates fand im bürgerlichen Lager denn auch einen anderen, eigenen Ausgangspunkt. Unter dem Eindruck der großen Krisen der zwanziger und dreißiger Jahre und von der Offensive der Linken eingeschüchtert, begann man auf dem Boden der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre das Dogma, der Staat habe sich ökonomisch in Abstinenz zu üben, in Frage zu stellen. In Verbindung mit der in den Kriegsökonomien eingeübten sozialtechnokratischen Praxis wurde diese untrennbar mit dem Namen von John Maynard Keynes verbundene wirtschaftstheoretische Umorientierung die Grundlage für den Welfare-Staat des goldenen kapitalistischen Zeitalters.

Von ihrer theoretischen Substanz her blieb Keynes' Kritik an der klassischen Nationalökonomie im Grunde recht beschränkt. Fast noch mehr auf die Marktoberfläche fixiert als die Vorgänger, bestand ihre Quintessenz darin, die Saysche Lehre, jedes „Angebot“ würde auch jederzeit seine „Nachfrage“ mitschaffen, zu einem Spezialfall zu erklären. Angesichts der ausgeprägten „Liquiditätspräferenz“ der Wirtschaftssubjekte, so der Kernpunkt in Keynes' Argumentation, würde sich ein solches angenommenes Gleichgewicht keineswegs in jedem Fall automatisch herstellen. Die Implikationen dieser „Nachbesserung“ an der klassischen Lehre waren trotz des im Vergleich zur Marxschen Theorie nicht gerade himmelstürmenden Anspruchs und einer eher pragmatischen Orientierung indes ausgesprochen weitreichend. Indem Keynes am Dogma kratzte, daß es sich beim Geld nur um einen Schleier handle, von dem bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu abstrahieren sei, nahm er nicht nur den Staat als potentiellen Nachfragerregulator

in die Pflicht; er verwies damit zugleich auch schon auf das Hauptinstrument zielgerichteter staatlicher Wirtschaftssteuerung, nämlich die Geldpolitik.

In gewisser Weise holte die Wirtschaftstheorie mit Keynes' Kritik an der Klassik zunächst einmal nur die wirtschaftspolitische Praxis wieder ein. Der Abschied vom Gold, von Keynes als „barbarischen Metall“ titulierte, und die Politisierung des Geldes, die Voraussetzung für die Anwendung des neuen Konzepts, hatten sich schließlich in allen wichtigen europäischen Ländern bereits mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs vollzogen und ließen sich, allen entsprechenden Versuchen zum Trotz, nicht wieder rückgängig machen. Genausowenig klappte die für die Nachkriegszeit anvisierte Wiederherstellung des guten alten Nachwächterstaates. Die Versuche, in den 20er Jahren zum Status quo ante von 1913, dem Zustand wirtschaftspolitischer Unschuld, zurückzukehren, waren jedesmal mit erheblichen sozialen und wirtschaftlichen Kosten verbunden und mußten daher abgebrochen werden.

Das Neue an Keynes' Lehre bestand nun aber darin, aus dieser Not eine Tugend zu machen. Der Übergang vom Warengeld zu einem politisch regulierten Geld und die aktive Rolle des Staates wurden nicht mehr als bedauerlicher Ausnahmezustand inkriminiert; im Gegenteil erschien diese Veränderung im keynesianischen Bezugssystem als neugewonnene Möglichkeit, sprich als Souveränitätsgewinn. Daß der Staat, statt die Ökonomie ihrer Eigendynamik zu überlassen, von sich aus unter Hintanstellung von anderen ökonomischen Zielen (Geldwertstabilität) auf Wachstum und Beschäftigung hinarbeitete, galt nun auf einmal nicht mehr als letztlich allemal fatales Herumpfuschen an einem selbstregulativen System, sondern als wohlverstandene staatliche Pflicht gegenüber der Allgemeinheit.

In der keynesianischen Doktrin taucht der Staat im Wesentlichen nur in einer Funktion auf, nämlich als Nachfragemacht. Er kann ein wachsendes Gesamteinkommen generieren, indem er für den Absatz ansonsten unverkäuflicher Waren und Dienstleistungen Sorge trägt und damit Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten schafft. Worin sich seine Nachfrage stofflich ausdrückt, ob in Kriegsproduktion, sozialen „Wohltaten“ oder im Bau von Pyramiden – von Keynes denn auch besonders gern als Beispiel für die Funktionsweise seines Konzepts angeführt – tut nicht das Geringste zur Sache. Jede denkbare Form von Staatskonsum ist so gut wie alle anderen. Für die eigentliche, hinter dem säkularen Etatisierungstrend stehende Grundproblematik, nämlich die zunehmende Abhängigkeit hochentwickelter Warengesellschaften von gesamtgesellschaftlichen Voraussetzungen, die sich nicht oder nur gewaltsam selber als Waren darstellen lassen, ist in dem von Keynes abgesteckten ökonomietheoretischen Bezugsrahmen kein Platz.

Die theoretische Beschränktheit des keynesianischen Ansatzes hat ihn nicht daran gehindert, geschichtsmächtig zu werden und eine zentrale Rolle bei der Installation des modernen Interventionsstaates zu übernehmen. Sie prägte aber – und das nachhaltig – die Art und Weise, in der Keynes' Doktrin wirksam wurde. Das beginnt

damit, daß eine Wirtschaftslehre, die nur ex negativo zur Legitimation der expandierenden staatlichen Rahmenfunktionen beiträgt, zum positiven Inhalt der Staatstätigkeit aber nichts zu sagen weiß, sich nicht für sich durchsetzen kann. Sie bedarf der Einbettung in eine über das bloß „Wirtschaftliche“ hinausgreifende politisch-ideologische Strömung, die diesen Part für sie übernimmt und die neuen Staatsaktivitäten in erster Linie mit „außerökonomischen“ Argumenten begründet. Der Keynesianismus konnte nur Karriere machen, weil er in der Grundstimmung des „sozialdemokratischen Zeitalters“ die für ihn notwendige Umgebung fand. Erst indem die Propagandisten der „sozialen Marktwirtschaft“ den Ausbau der staatlichen Leistungen nicht nur als kollektive Fortsetzung des privaten Massenkonsums einforderten, sondern ihn darüber hinaus als eine soziale Errungenschaft feierten, die allein durch die Einhegung des privatwirtschaftlichen Systems erreicht werden kann, erhielt der keynesianische Imperativ „mehr Staat“ einen bestimmten Inhalt und stieg zu einem erstrebenswerten gesellschaftlichen Ziel auf.

Der keynesianischen Lehre kam ihrerseits indes wiederum eine Schlüsselfunktion beim Übergang ins „sozialdemokratischen Zeitalter“ zu. Zum einen ermöglichte der Rekurs auf die keynesianische Lehre den liberalen und konservativen Kräften, sich das Kernelement der Sozialdemokratie, den Staatsinterventionismus, zu eigen zu machen, ohne deswegen eine sozialistische Perspektive akzeptieren zu müssen. Zum anderen war die Sozialdemokratie nun ihrerseits bei ihrem Feldzug für die Stärkung des staatlichen Einflusses nicht mehr auf einen marxistischen Begründungszusammenhang verwiesen. Sie konnte künftig als entschiedene Staats-Partei auftreten, ohne einen wesentlich anderen Staat einzuklagen. Damit wuchs zusammen, was zusammengehört.

Die theoretische Schwachbrüstigkeit der keynesianischen Lehre hat sie aber nicht nur in die Symbiose mit dem sozial-demokratischen Streben getrieben; sie ist paradoxerweise auch wesentlich für den Nimbus mitverantwortlich, der in den Wirtschaftswunderjahren den Keynesianismus als „Wissenschaft makroökonomischer Steuerung“ umgab. Der Gründungsvater hatte sich, was die Reichweite seines Konzepts anging, zu Lebzeiten eigentlich vergleichsweise bescheiden gegeben. Keynes glaubte, er habe ein taugliches Mittel gefunden, um den Kriseneinbrüchen ihre Härte zu nehmen; nicht mehr und nicht weniger. Angesichts der realen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg waren sich die Erben Keynes' indes sehr schnell einig, daß die neue Lehre, praktisch angewandt, noch viel weitergehende Meriten erworben hätte. Die zeitliche Koinzidenz von bewußter Hinwendung zum Regulationsstaat sowie der beschleunigten Ausdehnung der Staatstätigkeit mit dem größten Wachstumsschub der kapitalistischen Geschichte wurde so interpretiert, als sei der Boom die logische Folge der neuen, allzeit interventionsbereiten Wirtschaftspolitik gewesen und als könne das keynesianische Instrumentarium ein immerwährendes Wachstum sicherstellen.

Von einem akkumulationstheoretischen Standpunkt aus gesehen, beruht diese Vorstellung im Kern auf einer ganz simplen Verwechslung von Ursache und Wirkung. Nicht der Einsatz der keynesianischen Wundermittel konnte den großen Boom zum Laufen bringen; genau umgekehrt: der selbsttragende fordistische Wachstumsschub hat den beschleunigten Ausbau sozialstaatlicher Absicherungssysteme und den kontinuierlichen Aufbau eines tief gestaffelten Infrastruktursystems überhaupt erst ermöglicht. Natürlich war die Ausdehnung der Staatstätigkeit als Begleitentwicklung insofern für den ungestörten Fortgang der Akkumulationsbewegung unverzichtbar, als sie die stofflichen (Verkehrswege, usw.) und gesellschaftlichen (massenhafte Erzeugung von hinreichend qualifizierter und von traditionellen familialen Bindungen befreiter Arbeitskraft) Voraussetzungen sicherstellte; all diese notwendigen Kosten ließen sich aber überhaupt nur über einen längeren Zeitraum finanzieren, solange und weil sich die wertproduktive Basis verbreiterte, die Vernutzung zusätzlicher Massen lebendiger Arbeit in den neu entstehenden fordistischen Industrien also die Freisetzung in den traditionellen Fertigungszweigen überkompensierte und die entstehenden zusätzlichen (Mehr)wertmengen für einen erweiterten Verteilungsspielraum sorgten.

Natürlich läßt sich nicht in Abrede stellen, daß der staatliche Anschub, also der über die abstrakte Allgemeinheit vermittelte partielle Vorgriff auf noch zu schaffende Wertmassen, gerade im kriegszerstörten Europa einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der Startschwierigkeit beim fordistischen Take off geleistet hat. Dieser Anschub konnte aber weder den Boom der fordistischen Industrien einfach ersetzen noch war seine Tragfähigkeit auf irgendeine Weise dauerhaft. Der Fortgang des Booms hing letztinstanzlich von der Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ab und davon, ob und in welchem Verhältnis warengesellschaftliche Reichtumsproduktion und die Vernutzung lebendiger produktiver Arbeit sich künftig zu einem Akkumulationsprozeß verschränken würden. So wenig sich die neue Rolle des Staates aus der Wirtschaftswunderwelt herausdenken läßt, auf die entscheidenden inneren Triebkräfte hatte er zu keinem Zeitpunkt mehr Einfluß als Vierjährige, die im Kinderkarrussell begeistert am Steuer des Feuerwehrautos herumkurbeln, auf die Fortbewegung ihres Fahrzeugs. Weil der Reflexionshorizont der keynesianischen Feuerwehrlaute und ihrer Bewunderer aber genau ihrem Handlungshorizont entsprach und der Basisprozeß der Verwertung ein böhmisches Dorf geblieben ist, konnten sie sich als souveräne Lenker feiern.

#### **4. Die neoliberale Variante der Politik und Staatsillusion**

Die keynesianische Staatsillusion behielt ihren Glanz, solange der große Akkumulationsschub anhielt und ohne weiteres in der Lage war, die Last wachsender Staatsaus-

gaben zu tragen. Im Laufe der 70er Jahre änderte sich dies allerdings grundlegend. Weil der keynesianische Interventionsstaat den fordistischen Wachstumsmotor grundsätzlich nur mit Schmieröl und nie mit Treibstoff beliefern konnte, brachten die fortgesetzten staatlichen Betankungsversuche den Wachstumsmotor nicht wieder auf Touren, als der ins Stottern geriet. Alle Konjunkturmaßnahmen zeitigten lediglich Strohfeuereffekte und blieben gegenüber der mit Auslaufen der fordistischen Akkumulationsdynamik auf breiter Front einsetzenden Verdrängung lebendiger Arbeit in den wertproduktiven Sektoren und damit dem Schrumpfen der Masse realen Mehrwerts wirkungslos. Damit machte sich aber auch die simple Tatsache, daß der Staat bei seinem gesamten Tun auf Geld angewiesen ist, das letztendlich nur aus der Wertschöpfung des produktiven Privatkapitals (oder aus der Druckerpresse) stammen kann, zunehmend schmerzhaft bemerkbar. Angesichts wachsender staatlicher Schuldenberge und der berüchtigten „Stagflation“, dem Nebeneinander von Geldentwertung und steigender Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, setzte nicht nur Ernüchterung, sondern eine breite Gegenbewegung ein. Das keynesianisch-sozialdemokratische Zeitalter ging zu Ende.

Die Blamage des Keynesianismus bedeutete indes keineswegs den Abschied von der Staatsillusion. Die basale, durch nichts und niemanden behebbare Krise der arbeitengesellschaftlichen Grundlage blieb in der nun von der monetaristischen Doktrin beherrschten Wirtschaftstheorie und -politik weiterhin außerhalb des Blickfelds. Der Triumph von Hayek und Friedman über Keynes markierte lediglich einen Vorzeichenwechsel innerhalb der Politikreligion. Weil der Staatsinterventionismus die Krise nicht hatte lösen können, wurde das Wirken des hilflosen Helfers nun fälschlicherweise selber von den neoliberalen Ideologen als die wahre Krisenursache entlarvt. Der Neoliberalismus denunzierte den Staat in diesem Sinne als üblen Kostgänger und Parasiten, der durch seine Verschwendungssucht überhaupt erst das Übel produziert habe, das er zu bekämpfen vorgab. Der Staat war aus seiner Demiurgenrolle also nur entlassen worden, um fürderhin zum Antichristen umgeschminkt als Allererstörer die negative Hauptrolle in der großen neoliberalen Erzählung zu übernehmen.

Die negative Staatsfixierung der Neoklassik zeichnet sich nicht nur im Hinblick auf ihren theoretischen Gehalt durch ausgesuchte Schlichtheit aus; das ceterum censeo des Monetarismus, die Rückführung der Staatsausgaben, taugte genausowenig zu irgendeinem Zeitpunkt als praktisches Handlungskonzept. Der vom Monetarismus eingeklagte Rückzug des Staates aus seinem infrastrukturellen und sozialen Zuständigkeitsbereich kann noch viel weniger für Wachstum und Wohlstand sorgen als dessen Vormarsch. Soweit die neoliberale Doktrin nicht in blindem Fanatismus um den Preis beschleunigter Untergrabung der gesellschaftlichen Reproduktionsfähigkeit durchgesetzt wurde – das war zeitweise in Großbritannien unter Thatcher der Fall – sank denn auch im Zeitalter des Neoliberalismus der verteufelte Staatskonsum

in keiner Weise, sondern nahm im Gegenteil insgesamt an Umfang noch erheblich zu.

Dennoch hatte angesichts der Krise der fordistischen Ordnung die Wendung zum Neoliberalismus nicht allein eine ideologische, sondern durchaus auch eine eminent praktische Bedeutung für die Neuformierung des warengesellschaftlichen Systems. Erst der allgemeine Feldzug gegen „zuviel Staat“ schuf nämlich, weil er auch gegenüber den sich mit rasanter Geschwindigkeit aufblähenden transnationalen Finanzmärkten Regulationsverzicht begründete und absicherte, die institutionellen Voraussetzungen für die Entfesselung der Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung. Genau das war aber entscheidend für die Herausbildung eines neuen Typus von globalisiertem Kapitalismus, der auf wundersame Weise die basale Akkumulationskrise partiell sistieren konnte. Indem der von der neoliberalen Doktrin protegierte Kasinokapitalismus das überkommene nationalökonomische Bezugssystem sprengte und an seine Stelle die unmittelbare Herrschaft transnationaler Kapitalmärkte setzte, gelang es ihm zugleich, den Auszehrungsprozeß, dem die produktiv vernutzte lebendige Arbeit unterliegt, durch den Vorgriff auf künftige wertproduktive Arbeit, die nie mehr geleistet werden wird, einstweilen zu überspielen und die lahrende Weltkonjunktur auf diese Weise vorläufig wieder auf Touren zu bringen.

Selbst die beschleunigte Staatsverschuldung, die in den 70er Jahren noch völlig zurecht als Indikator für die Unhaltbarkeit des keynesianischen Modells gegolten hatte, verwandelte sich angesichts der wundersamen Metamorphose des Finanzüberbaus zur neuen Basis der kapitalistischen Herrlichkeit in ein Pfund, mit dem sich kräftig wuchern läßt. Was auf seiten der öffentlichen Haushalte, insbesondere des US-amerikanischen seit Reagan, als sich nun erst recht beschleunigt aufakkumulierende Schuld zu Buche schlug, diente nicht nur den Gläubigern als profitable Kapitalanlage, es speiste vermittelt über die globalen Defizitkreisläufe die Weltliquidität und wurde zu einer der Hauptquellen aus denen die fiktiven Verwertungskreisläufe ihren Stoff bezogen.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß gerade die neoklassische „Theorie“ einer historisch neuartigen Reichrechenpraxis den Weg ebnete. Schließlich hat mit der Neoklassik ausgerechnet eine Doktrin den Triumph des Kasinokapitalismus (in dem die Realakkumulation zum Anhängsel fiktiver Verwertung geworden ist und dem die von der realen Vernutzungsbewegung entkoppelte Selbstbewegung des Geldkapitals alles ist) zum Durchbruch verholfen, die in Abgrenzung zum Keynesianismus paradigmatisch vom „bloßen Geldschleier“ schwadroniert, den es „wegzuziehen“ gilt und die das Geldmedium als eigenen Analysegegenstand negiert.

Bei dieser grotesken Diskrepanz handelt es sich indes um mehr als um einen bloß zufälligen Treppenwitz der Geschichte. Sowenig die wirkliche warengesellschaftliche Entwicklung und die Vorstellungen ihrer Protagonisten je deckungsgleich gewesen sind, mit der Herausbildung des postfordistischen Kapitalismus finden realer

historischer Prozess und ideologische Durchsetzungsform endgültig zu einem paradoxen Verhältnis. Mehr noch als die wissenschaftlichen Stichwortgeber fabulieren die praktischen Akteure für gewöhnlich das Gegenteil von dem, was sie tatsächlich ins Werk setzen – und sie können ihren historischen Part nur spielen, weil das Orwellsche Zwiedenk ihnen zur zweiten Natur geworden ist.

Dieser logische Salto, die Fähigkeit Unvereinbares gleichzeitig zu denken, kennzeichnet insbesondere die merkwürdige Fortschreibung der Politikillusion im Neoliberalismus, der das Kunststück fertigbringt, gleichzeitig die Anerkennung und die Leugnung der Krise politischer Regulation zu verkörpern. Seine Durchschlagskraft verdankt er gerade dieser exklusiven Mischung. Auf der einen Seite werden seine Ideologen nie müde, das Elend des Interventionsstaates auszumalen; im gleichen Atemzug machen sie die Lähmung der Politik aber auch schon wieder vollkommen unsichtbar, indem sie das Zurückweichen vor den blinden Marktkräften selber in den Rang eines politischen Programms erheben und den blanken Markt zum erstrebenswerten gesellschaftlichen Ziel definieren. Das Zuendegehen von Politik überhaupt kann geleugnet werden, indem es zum bloßen Versagen einer bestimmten Form übertrieben staatsfixierter Politik umdefiniert wird. Mehr noch: weil Entstaatlichung und Deregulierung in vorausweisendem Gehorsam eingeklagt und gegen alle sozialen Widerstände exekutiert werden, also ihre Durchsetzung die Form einer Offensivkapitulation annimmt, läßt sich selbst noch die Abdankung der Politik als Akt großangelegten politischen Gestaltens verkaufen. Im Angriff auf den einzig denkbaren Träger politischen Handelns, den Regulationsstaat, findet die Politikillusion gerade in der neoliberalen Wendung noch einmal ihre Fortsetzung.

## **5. Von der negativen zurück zur positiven Staatsillusion**

Die selbstläufige Dynamik der vollendeten Weltmarktgesellschaft trat der Politik nach dem Ende der fordistischen Ära nicht einfach nur als äußerer „Sachzwang“ entgegen, den es wohl oder übel zu exekutieren galt. Der globalisierte Kapitalismus fand in einer chiliastischen Strömung seine Avantgarde, die sich keineswegs damit begnügen wollte, den jeweils erreichten Stand der Zersetzung staatlicher Regulation institutionell nachzuvollziehen. Auch die praktische Politik hat sich, wo sie vom neoliberalen Zeitgeist erfasst wurde, stets als bewußtes „Gestalten“ inszeniert. Das prägt sowohl die Aufstiegs- wie die Wirkungsgeschichte des Marktradikalismus.

Zunächst einmal bezahlte der Hardcore-Neoliberalismus seinen missionarischen Eifer damit, daß er nur für einen kurzen historischen Augenblick die unbedingte ideologische Vorherrschaft erringen konnte. Die Religion des reinen Marktes erlebte Anfang der 80er in den USA und in Großbritannien ihr großes Coming-out parallel

zum Einsetzen des kasinokapitalistischen Booms; ihren Zenit hat sie aber schon lange überschritten, bevor die phantastische Basis der neoliberalen Pseudoerfolge wegbriecht, also der Vorgriff auf künftige Wertproduktion sich als unhaltbar erweist und in einen großen Finanzmarktcrash einmündet. In Verbindung mit den wiederholten Erschütterungen der kasinokapitalistischen Expansionsbewegung (Mini-Crash von 1987, das Ende der japanischen bubble economy Anfang der 90er Jahre, die Mexiko- und die Asienkrise) reichte es schon, daß das nassforsche neoliberale Versprechen, Wohlstand und Arbeit für alle zu schaffen permanent Lügen gestraft wurde, um den antietatistischen Totalitarismus des reinen Marktes in die Defensive zu drängen. Im Vorreiterland des Neoliberalismus, markiert spätestens die Wahl von Bill Clinton zum Präsidenten 1992 eine Verschiebung in den ideologischen Deutungsmustern. In Großbritannien kann bereits die Ära des Thatcher-Nachfolgers Major als Intermundium gelten. Nur in Kontinentaleuropa, das überhaupt erst verzögert und nie vollständig vom neoliberalen Aufbruch erfasst worden war, zog sich die Trendwende in der öffentlichen Meinung bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre hin, aber auch nur, um dann umso entschiedener auszufallen. Gerade in diesen Ländern mit ihrer ausgeprägten staatsinterventionistischen Tradition wurden die „Nebenwirkungen“ eines auf autokannibalistische Reproduktion umgestellten Kapitalismus zunehmend als potentielle Gefährdung des sozialen Friedens und der öffentlichen Ordnung empfunden – und so kippte die Stimmung.

Vielleicht mit am besten dokumentieren hierzulande die Verlautbarungen von Altbundeskanzler Helmut Schmidt diesen neuerlichen Umschwung, diesmal von der negativen Politik- und Staatsillusion zurück zu einer positiven. Als Herausgeber der bedeutendsten liberalen Wochenzeitung des Landes wettet er nicht nur in seinen Leitartikeln ein ums andere mal gegen den neoliberalen „Raubtierkapitalismus“ und sieht den Staat wieder verstärkt in der Pflicht; nebenbei schlägt er auch das Leitmotiv einer ebenso populären wie tendenziell gemeingefährlichen Kritik an der Spekulation an. Im Zeichen des alten konstruierten Gegensatzes von „schaffendem“ und „raffendem Kapital“, möchte er die deutschen und europäischen Volksgenossen zur „großen nationalen Willensanstrengung“ vereinen: „Die Funktionstüchtigkeit des freien Welthandels und der hoch arbeitsteiligen globalen Wirtschaft ist für sechs Milliarden Menschen wichtiger als die exzessive Freiheit einiger zehntausend habgieriger Dealer und Manager, die auf den kurzfristigen Finanzmärkten herumtoben“ (Die Zeit, 3.9.98).

Nur einen Monat später heißt es am gleichen Ort mit gleichem Tenor: „Es geht akut und dringend darum, die Risiko-Euphorie und den Spekulationismus zu begrenzen. [...] Den hochintelligenten, von Geldgier und Ehrgeiz getriebenen Hammeln darf nicht gestattet werden, Weltkrisen auszulösen. [...] Es wäre gesund und erzieherisch wirksam, wenn der eine oder andere großenwahnsinnige Raubtierkapitalist Pleite macht“ (Die Zeit, 8.10.98). Ein elder statesman, der als *der* Volkswirt-

schaftsexperte in seiner Zunft gilt, „argumentiert“ hier wie ein dummgesoffener Stammtischbruder. Er begreift die spekulative Bewegung auf den entfesselten Finanzmärkten nicht als das, was die Weltwirtschaft in den letzte beiden Jahrzehnten „gerettet“ und ihr eine Gnadenfrist verschafft hat, die allmählich aber eben zu Ende geht und prekär wird; vielmehr erklärt er das Hätschelkind des Neoliberalismus, die transnationalen Finanzmärkten, zur letzten Ursache der ganzen Misere.

Dieses Quidproquo ist ausgesprochen primitiv, aber alles andere als harmlos. Es handelt sich hier keineswegs bloß um ein Indiz dafür, daß auch Machertypen gegen Senilität nicht gefeit sind. Die groteske Verkehrung gibt das Grundmuster an, nach dem sich die Politikillusion reproduziert, sobald ihre negative Version an Kraft verliert.<sup>6</sup> Genauso wie der Neoliberalismus die Grenzen der Arbeitsgesellschaft und ihres Interventionsstaats zu einer bloßen, vom Staatsfanatismus verursachten Fehlentwicklung halluziniert hatte, so wird nun die Abrüstung des gediegenen fordistischen Kapitalismus der 70er Jahre zur Abweichung vom rechten Weg erklärt. Die neoliberale Staatsgegnerschaft heckt also ihre eigene Billigkritik, die sich auf der gleichen Ebene ideologischer Zwangsvorstellungen bewegt und deren Quintessenz lautet: Staat und Politik sollen ihre legitime Aufgabe als souveräne Hüter der Wirtschaft, die sie nur aus ideologischer Verblendung sträflich vernachlässigt haben, wieder energisch ausfüllen.

## 6. Arbeiter der Stirn und Faust versus Humankapital

Helmut Schmidt hat auf seine Weise das untergründige „gesunde“ Empfinden des Arbeits-Volkes artikuliert, das sich von Kasinokapitalismus und Neoliberalismus entehrt fühlt. Es ist von daher sicherlich kein bloßer Zufall, daß zeitgleich mit den Tiraden des letzten SPD-Kanzlers das deutsche Wahlvolk abermals einen Sozialdemokraten in das Amt des Regierungschefs befördert hat. Wo die Frustration der „ehrlichen harten Arbeit“ virulent wird und an die Oberfläche drängt, was liegt näher, als daß dies wahlarithmetisch zunächst einmal der traditionellen Partei von Staat und Arbeit, der Sozialdemokratie, zu gute kommt? Nicht allein der Überdruß an Kohl trug Schröder ins wichtigste Amt im Staate; so wenig die Wahlkampfparole der SPD „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ an Hundserbärmlichkeit zu überbieten war, sie verfiel trotzdem oder vielmehr gerade deswegen. Das Versprechen, von staatlicher Seite alles und jeden in die Pflicht zu nehmen, um die „Beschäftigung“ zu sichern, traf die Bedürfnislage der Volksseele im Vaterland der Arbeit recht genau.

6 Von einem Zeichen für Altersdemenz kann dementsprechend nur in einem kollektiven und metaphorischen Sinn die Rede sein.

Die Ernüchterung über den neoliberalen Marktdogmatismus und die allgemeine Rückbesinnung auf den „aktivierenden Staat“ hauchte nicht nur der altersschwachen Sozialdemokratie neues Leben ein; die Trendwende rief auch die treuesten und fanatischsten Anhänger der Politikreligion auf den Plan. Plötzlich witterten die Linksozialisten Morgenluft und fanden in der im Aufschwung befindlichen Sozialdemokratie wieder einmal eine Projektionsfläche für ihre Wunschträume. Die gesellschaftlichen Kräfte, die für das „Arbeitnehmerinteresse“ (die verwässerte Form des guten alten Arbeiterstandpunkts) eintreten, so jubilierte man in dieser Ecke allenthalben, schicken sich endlich an, das Kapital wieder in seine Schranken zu weisen. Daß Linksozialisten selber schon seit Jahren hingebungsvoll das „parasitäre Finanzkapital“ (Joachim Bischoff) zum Hauptfeind stilisiert haben, zeigt an, wie blind sie für den gemeingefährlichen Subtext sind, der dem Programm der „Wiedergewinnung des Politischen“ im Zeichen der Arbeit zugrundeliegt. Statt dies zu reflektieren, übten sie sich nun in Nostalgie und phantasierten sich in die sozialliberale Reformära der 70er zurück. Deren Ende wurde zum historischen Unglücksfall verklärt, zu einem Malheur, das sich jetzt jedoch korrigieren lasse. In diesem Sinn erklärte Oskar Negt 1998 die vor einem Vierteljahrhundert an seine historische Schranke gestoßene keynesianisch-sozialdemokratische Regulation explizit zu einem „unvollendeten Projekt“: „Der Niedergang der von Willy Brandt geprägten Reformära ... unterscheidet sich grundlegend vom Ende der Adenauer-Ära. Wenige der auf den Weg gebrachten gesellschaftlichen Reformen sind ausgegangen, sie hatten gar nicht die Zeit sich zu bewähren, oder als Experiment zu scheitern.“<sup>7</sup>

Negts Kollege Sebastian Herkommer wiederum sieht zeitgleich schon die politischen Kräfte sich formieren, die den „unabgeholten Selbstanspruch dieser Gesellschaft“ (Oskar Negt) doch noch einlösen können: „Die Aussichten sind deswegen nicht hoffnungslos, weil es noch nie in Europa eine so breite Zustimmung zu reformorientierter Politik, noch nie so entscheidenden Einfluß der sozialdemokratischen, sozialistischen und ökologisch-alternativen Parteien auf die Regierungspolitik gegeben hat. Sie sind legitimiert und beauftragt, die Polarisierung zu stoppen und für eine andere, gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ebenso zu sorgen wie für eine die Lebensbedingungen überhaupt erhaltende Produktion und Reproduktion.“<sup>8</sup>

Oskar Negt brachte es nicht nur fertig mit seinem Buch „Warum SPD?“ Wahlkampf für Schröder zu machen, auch nach einem Jahr rot-grüner Regierungspraxis sieht er in der Koalition immer noch „Reformer“ im Sinne der 70er Jahre am Werk. Er schreckt nicht einmal davor zurück, sich dem Kanzler als Berater zur Verfügung zu stellen und ihn in dieser Funktion unter anderem zum Gipfeltreffen der sozialisti-

7 Oskar Negt, *Warum SPD?*, Göttingen 1998, S. 11.

8 Sebastian Herkommer (Hrsg.): *Soziale Ausgrenzung. Gesichter des neuen Kapitalismus*, Hamburg 1999, S. 33.

schen und sozialdemokratischen Staatschefs zu begleiten.<sup>9</sup> Die meisten anderen aus dem „linkssozialistischen“ Spektrum wenden sich zwar mittlerweile frustriert von der neuen Regierung ab, ja werfen ihr sogar „Verrat“ am Wählerwillen vor. Sie schwadronieren von einer weiteren ausgelassenen historischen Chance und nehmen den Rücktritt Lafontaines zum Anlaß, an Dolchstoßlegenden zu stricken. Diese Art von Enttäuschung schreibt indes die zugrundeliegende ursprüngliche Täuschung nur beharrlich fort. Indem sie die Mobilisierung für das heilige Prinzip der Arbeit beharrlich als Kampf gegen das Kapital interpretieren, ignorieren die linken Verehrer dieses Prinzips nicht nur die objektive kapitalistische Krisenwirklichkeit, in der die basale Identität der vermeintlichen Todfeinde allenthalben greifbar wird; in ihrem Drang ihre eigenen ideologischen Muster den Massen zuzuschreiben, haben sie auch jeden Bezug zur Sicht- und Wahrnehmungsweise der glorreichen Arbeitnehmerschaft verloren.

Daß nicht nur Helmut Schmidt und Gewerkschaftsfunktionäre regelmäßig im Nazi-Jargon, mit bestem Gewissen, den Staat auffordern, den „gewissenlosen Spekulanten“ das Handwerk zu legen, sondern sich auch das Volksempfinden für solche Töne äußerst empfänglich zeigt, hat nämlich reichlich wenig mit aufkeimendem emanzipatorischen Bewußtsein zu tun. Es dokumentiert nur auf seine Weise wie verzweifelt die Lohnabhängigen den Schulterschuß mit dem Realkapital als Anwender von Arbeitskraft suchen.

Es mag merkwürdig anmuten, aber gerade in der Wiederkehr des Uraltideologems vom raffenden und schaffenden Kapital wird sichtbar, wie weitgehend die vom so oft inkriminierten Neoliberalismus durchgesetzte neue Beziehung von Kapital und Arbeit im Massenbewußtsein verankert ist. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fand die Identität von nationalem Kapital und nationaler Arbeit ihren ideologischen Ausdruck noch im Drang des Kapitals, der Ehre der Arbeit teilhaftig zu werden. Die Pseudokritik am „unproduktiven“ Finanzkapital ordnete sich damals in diesen Kontext ein, denn kontrastierend verlieh sie dem „produktiven“ Realkapital die Aura einer höheren Form von Arbeitertum. Auf dem Weg von der Volksgemeinschaft der Arbeiter der Stirn und Faust zur postfordistischen Standortgemeinschaft hat sich indes ein Pol sprung vollzogen, der alle Formen des Alltagsbewußtseins nachhaltig bestimmt. Jeder Schreinerlehrling, jeder Automobilarbeiter und jede Bankangestellte akzeptiert längst, wenn auch natürlich begrifflos, daß sich die Arbeit ans Kapital als die eigentliche Daseinsweise des Werts adaptieren muß. Das soziale Leitbild hat sich tiefgreifend gewandelt. Der Selbständige, der seine Marktchancen flexibel zu nutzen weiß, hat dem sekundärtugendhaften, etwas schwerfälligen Facharbeiter den Rang abgelaufen. Nicht mehr das Kapital hat es nötig seinen idealen Kotau vor der heiligen Arbeit zu machen, die Arbeit muß sich allzeit als Humankapital verkaufen und

9 Zu dieser illustren „sozialistischen Internationalen“ gehörte übrigens auch Bill Clinton.

legitimieren. War der Schrei nach Arbeit immer schon der nach kapitalistischer Beschäftigung und insofern nie gegen die Verwertungslogik als solche gerichtet, so wird nun nicht einmal mehr die Dominanz des Kapitalstandpunkts in Frage gestellt und die Arbeit erscheint wie selbstverständlich als die untergeordnete und abhängige Variable. So sehr es dem traditionellen „Klassenstolz“ auch ins Gesicht schlägt: die Arbeit, die einst geneigt war im Kapital einen Parasiten zu sehen, erlebt sich in der Krise zunehmend umgekehrt selber als dessen immer weniger gelittene Kostgängerin.

Vor diesem Hintergrund gewinnt der gerade Interessenvertretern der Ware Arbeitskraft so selbstverständliche verschämt-unverschämte Rekurs auf die alte Gegenüberstellung von „raffendem“ und „schaffendem Kapital“ eine neue Bedeutung. Er ordnet sich in eine Legitimierungsstrategie, die Arbeitskraftverkäufer als wesentlichen Bestandteil des Realkapitals anzupreisen. Der Zorn auf das Finanzkapital nimmt den allzeit speichelleckenden Gehorsam gegenüber dem „eigenen Kapital“ nicht im Geringsten zurück, er betont vielmehr phantasmagorisch-ideologisch die Einheit mit diesem und möchte am liebsten kein Blatt mehr zwischen den wohlverstandenen Interessen des produktiven Kapitalisten und seiner Belegschaft sehen. In der Angst, selber als überflüssig und parasitär ausgesondert zu werden, machen die Erben des alten Arbeits-Standpunkts ersatzweise im Finanzkapital den eigentlichen Parasiten aus.

## **7. Die Partei des double bind**

Der Vormarsch der neuen Sozialdemokratie steht für den Bruch mit der ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus. Die „Linksregierungen“ haben im größten Teil Europas das Kreuzrittertum des reinen Marktes aber nicht nur abgelöst, sondern zugleich beerbt. Doch die beiden Momente von Gegenbewegung und Fortsetzung verschränken sich von Land zu Land in unterschiedlicher Weise. In Frankreich zeigen sich die regierenden Sozialisten nach wie vor bei der Annahme des neoliberalen Erbes etwas zögerlich. Die italienischen Kollegen sind da schon um einiges offener. Die Vorreiterrolle bei der Übernahme der „neoliberalen Erungen-schaften“ hat aber zunächst einmal New Labour in Großbritannien übernommen. Blair und Co. haben sich nicht nur wesentliche Programmpunkte des Thatcherismus zu eigen gemacht, sie scheint sogar der Ehrgeiz umzutreiben, die „Eiserne Lady“ in Sachen Sozialabbau zum Waisenmädchen zu degradieren. Ein fast noch pittoreskeres Bild bietet indes Deutschland. Hierzulande nimmt der Abschied vom „rheinischen Kapitalismus“ und der Wille, den Staat energisch zu verschlanken überhaupt erst unter einer sozialdemokratischen Regierung schärfere Konturen an.

Diese Wendung geht keineswegs auf einen Überraschungscoup zurück. Nur neoklassische Wunschräumer konnten während des Bundestagswahlkampfes die Zeichen der Zeit übersehen. Mit dem allenthalben erhobenen „Finanzierungsvorbehalt“ machte die Regierung in spe mehr als deutlich, daß sie weder ein klassisches deficit spending betreiben noch Reformen einleiten würde, die mit den Interessen der Wirtschaft kollidieren könnten. Selbst Erz-Konservative, die vor Jahren noch die rot-grüne Perspektive mit dem Untergang des Abendlandes identifiziert hatten, verstanden die Botschaft schnell und ließen alle grundsätzlichen Vorbehalte fallen. Die FAZ gab jedenfalls schon unmittelbar nach der Wahl, am 30.9.1998, offiziell Entwarnung: „Früher haben die Akteure und ihre Anhänger, die sich heute anschicken, eine neue Regierung zu bilden, gerne von einem ‚rot-grünen Projekt‘ geredet. Nichts davon ist übrig geblieben ... In der Wirtschaftspolitik kündigt Schröder mit seinen Stabilitätsbedingungen an, daß für ihn die Zeiten vorbei sind, in denen darüber gestritten werden konnte, was Vorrang habe: die Ökologie oder die Ökonomie. Der künftige Kanzler verkündet ein ‚Schluß mit lustig‘.“

Aber nicht nur das „bürgerliche Lager“ hat den Schwenk zur Neosozialdemokratie in keiner Weise als Rückkehr zum „Klassenkampf von unten“ mißverstanden. Auch das breitere Arbeitnehmer-Publikum gab Schröder nicht trotz, sondern wegen seiner bedingungslosen Wirtschaftsfreundlichkeit seine Stimme. Natürlich drückte die Wahl der SPD im Herbst 1998 Protest gegen die sich verschärfenden neoliberalen Zumutungen aus. Die Sozialdemokraten wurden aber zugleich bereits als deren Exekutor gewählt. Wenn diese ankündigten, die von ihnen geführte Regierung werde den „Reformstau“ und „sozialen Stillstand“ überwinden, dann konnte und sollte dies zwar als Kritik an den Kohlschen Verdrängungskünsten der negativen sozialen Konsequenzen des Globalisierungsprozesses verstanden werden; primär zielte der Anwurf jedoch darauf, die alte Regierung habe die Gebote der Standortkonkurrenz nicht entschlossen genug umgesetzt.

Das mag verrückt und in sich widersprüchlich klingen; verrückt, im machtpolitischen Sinne, war aber weder die Sozialdemokratie noch ist es diese Einschätzung; die Double-Bind-Partei SPD kam vielmehr an, weil sie mit ihrer „Doppelspitze“ getreulich eine durch und durch schizoide Stimmungslage wiederzuspiegeln verstand. Angesichts der sukzessiven Zerstörung des volkswirtschaftlichen Bezugsrahmens ging die deutsche Sozialpartnerschafts-Mentalität zum Orwellschen Zwiedenken über. Die in Jahrzehnten adressierte Gewohnheit, das Wohl der „deutschen Arbeit“ mit dem des „deutschen Kapitals“ zu identifizieren setzt, wo ihr die Grundlage wegbriecht, zwei gegenläufige Impulse frei: Die Angst beim Übergang zur Standortgemeinschaft die Beteiligungsberechtigung zu verlieren, geht eine seltsame Verbindung mit der Furcht ein, durch die Verzögerung dieses Übergangs könne die privilegierte Position des Landes in der Weltmarktkonkurrenz, und damit die Basis des hiesigen relativen Warenwohlstands, verloren gehen. Gerhard Schröder und seiner

„Wir-sind-bereit-Partei“ gelang es, diese widersprüchlichen Motive auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Indem er sich als der pragmatische Macher inszenierte, verkörperte er den ebenso paradoxen wie phantastischen Wunsch, alles möge sich ändern, damit alles so bleibe wie es einmal war. Die Fähigkeit, unvereinbare Motive gleichzeitig anzusprechen, war nicht nur Voraussetzung für den Wahlsieg der Sozialdemokratie. Auch in der praktischen Politiksimulation ist der Grad an programmatischer Inkohärenz zum Maß für „Erfolg“ geworden. In der Durchsetzungsphase der Warengesellschaft, als es noch etwas zu verwirklichen gab, hätte eine Partei, die nichts Bestimmtes will und sich prinzipiell alles offen hält, natürlich Schiffbruch erlitten. Im Zeitalter der Krisen- und Sachzwangverwaltung sorgt das Fehlen von programmatischer Kohärenz überhaupt erst für die nötige Flexibilität, den neuen Wert aller Wert. Das soll allerdings nicht mit einer Entwicklung in Richtung Beliebigkeit verwechselt werden. Die programmatische Kohärenz verflüchtigt sich, die repressive Konsistenz bleibt, ja schält sich klarer denn je heraus..

Mit seinem Blut-Schweiß-und-Tränen-Appell hat der Altbundeskanzler Helmut Schmidt bereits die grobe Marschrichtung angegeben, die sein sozialdemokratischer Nachfolger einschlagen muß, um das ideologische double bind in praktische Krisenverwaltung zu transformieren und gleichzeitig den sozialen Konsens auch unter erschwerten Bedingungen sicherzustellen. Allerdings konnte es sich die frischgewählte rot-grüne Koalition weder leisten, auf diesen Kurs unmittelbar einzuschwenken noch die gegen den Kasinokapitalismus und seine „Auswüchse“ gerichtete Rhetorik in Politik umzusetzen.

Die Verzögerung läßt sich relativ einfach erklären. Die Misere des globalisierten Krisenkapitalismus zeichnet sich zwar deutlich genug ab, um die neoliberalen Heilsversprechen Lügen zu strafen, sie ist aber zumindest für die meisten Europäer noch nicht so unmittelbar und auf breiter Front spürbar, als daß die Zeit für eine großangelegte Verzichtskampagne unter dem Motto „Alle müssen Opfer bringen“ reif wäre. Es bedarf einer gewissen Inkubationszeit und entsprechender vom Weltmarkt auf Euroland überschwappender Katastrophen, um die sadomasochistischen Neigungen des herrschenden Arbeitsidiotismus richtig zu aktivieren. *Einstweilen steht ein letzter Durchstartversuch auf kasinokapitalistischer Grundlage auf dem Programm*; was die sozialen Kollateralschäden angeht, wird dabei auf weitere Abstumpfung gesetzt und eine Salamtaktik betrieben.

Ebenso erschließt sich unschwer, warum in die neosozialdemokratische Politik das Ressentiment gegen das spekulative Kapital nur als Unterton und nicht als Leitmotiv eingeht. „Realpolitik“ hat mit dem Problem zu kämpfen, daß sie zwar eifrig gegen die kasinokapitalistische Verirrung schwadronieren, aber deswegen die reale Verkehrung der Bewegung des Geldkapitals zur vorläufigen und prekären Grundlage des kapitalistischen Betriebs, nicht einfach ignorieren kann. Wer sich der Arbeit verschworen hat, muß im Zeitalter der Globalisierung nicht nur die Gewinnin-

teressen des Realkapitals bedingungslos affirmieren und möglichen Arbeitsplatzanbietern alle Türen öffnen, er kommt auch nicht umhin das sich reichrechnende Spekulationskapital ausgesprochen pfleglich zu behandeln. Im Reich der ideologischen Versatzstücke lassen sich der gute Investor und der böse Spekulant voneinander scheiden; in der Wirklichkeit der globalisierten Weltwirtschaft schießt sich indes jede Politik, die versuchen wollte, diese Differenzierung praktisch zu berücksichtigen, sofort ins Bein. Das fiktive Geldkapital, von dessen Boom auch die Nationalstaaten letztlich abhängig sind, darf alles, bloß nicht Pleite machen. Helmut Schmidt mag noch so entschieden dagegen protestieren, daß die Politik zum „lender of the last resort“ geworden ist und dem Wunsch nachhängen, die elende Spekulantenbrut möge doch bankrottieren; die von ihm so vehement eingeklagte Rückkehr der Politik kann in letzter Instanz nichts anderes zum Inhalt haben, als genau die von ihm so entschieden abgelehnte Nothilfe für den maroden Finanzüberbau. Dem „Modell Japan“, der Übernahme der privaten Verluste durch den Staat via Geldschöpfung, gehört in dieser Beziehung zweifellos die nähere Zukunft. Aber auch solange der spekulative Überbau nicht massiv ins Rutschen kommt, weiß die Politik sehr wohl, daß sie sich schwerlich gegenüber den Warenmärkten als Heger und Pfleger profilieren kann, wenn sie gegenüber den Geldmärkten den Dompteur mimt.

Eins ist wichtig: Diese Art von „Besonnenheit“ entspringt nicht einer tieferen Einsicht in die warengesellschaftlichen Sachzwangverhältnisse, die die politischen Experten ihrem tumben Volk voraus hätten. Sie ist selber längst durch und durch populistisch und wird von den politischen Klassen mehr oder minder bereits erwartet. Das Nebeneinander von steigenden Aktienkursen und Massenarbeitslosigkeit mag den SPD-Anhängern bitter aufstoßen und die fordistische Vergangenheit in einem verklärten, nostalgischen Licht erscheinen lassen. In ihrer Mehrheit haben sie aber zugleich längst verinnerlicht, daß Politik die Freiheit des Geldes nicht ernsthaft antasten darf. Eine Regierung, die sich an diesem Gebot verstündigte, würde die werte, um ihre Arbeitsplätze besorgte, Arbeitnehmerschaft vielleicht mehr in Schrecken versetzen als die Wirtschaftsbosse. Teile der Wählerschaft mögen heute darüber mäkeln, daß die sozialdemokratische Regierung auch nur den Anschein vermeidet, sie wolle das Kapital im Allgemeinen und die Geldvermögen im Besonderen entschieden in den Dienst an der Arbeit zwingen. Doch im Grunde ging es bei dieser Forderung immer nur um die trotzigte Wahrung des Scheins, also darum, der verhausschweinten Lohnarbeiterschaft weitere offene narzistische Kränkungen zu ersparen. Die Klage über die berüchtigte „Gerechtigkeitslücke“ – schon die Sprachregelung spricht ja Bände – zielte von vornherein hauptsächlich auf das Bedürfnis nach symbolischer Mitverpflichtung der Charaktermasken des Kapitals, und wollte keineswegs die Erwartung wecken, die Arbeitskraftverkäufer könnten ihre Anteil am Warenreichtum auf Kosten von Arbeitgeberschaft und „Shareholders“ tatsächlich nachhaltig verbessern.

Die Enttäuschung der klassisch sozialdemokratischen Klientel über das erste Jahr Rot-Grün ist dementsprechend denn auch auf dieser Ebene zu verorten. Man zeigt sich frustriert, weil die Bundesregierung ihrer eigenen Klientel nicht einmal zum ersehnten Ehrentreffer verhilft und allzeit mehr Rücksicht auf die Empfindlichkeiten des ach so scheuen Kapitals und seiner Vertreter nimmt als auf das Bedürfnis der Arbeitnehmerseite, wenigstens das Gesicht zu wahren. Wo die Regierung einmal anders vorgeht und sich als oberste Hüterin der Beschäftigung offen auf die Seite der vom Kapital schmäählich im Stich gelassenen Arbeit stellt, wo sie die Banken und Unternehmer in die Arbeitsfront zurückkomplimentiert, wie im Fall des abgewendeten Holzmann-Konkurses, darf sie auf begeisterte Zustimmung und Dankbarkeit rechnen. Alle Enttäuschung ist dann schlagartig vergessen. Es spielt dann kaum mehr eine Rolle, welche materiellen Opfer die Beschäftigten zu bringen haben, und auch die Frage nach der Tragfähigkeit und der volkswirtschaftlichen Rationalität solcher Rettungsaktionen interessiert nur mehr sehr bedingt.

In der Absturzphase der Warengesellschaft fragmentiert das herrschende Bewußtsein. Dem Arbeitssubjekt, das keinen anderen Wunsch hat, als den Arbeitssubjekt bleiben zu dürfen, fällt es überhaupt nicht schwer, vom Standpunkt der Arbeit über die Herrschaft des Finanzkapitals zu zetern und sie zugleich als unhintergehbare Voraussetzung zu akzeptieren. Das heißt indes nicht, dieses Nebeneinander wäre bedeutungsloses ideologisches Possenspiel und bliebe folgenlos. Der Groll angesichts der Entehrung der Arbeit im Kasinokapitalismus, der sich in das Ressentiment gegen das fiktive Kapital übersetzt hat, geht keineswegs einfach verloren. Weil er sich gegen die Spekulantenbrut nicht Bahn brechen darf, richtet er sich ersatzweise gegen alle anderen wirklichen oder vermeintlichen Verächter der Arbeit. Die Arbeitssubjekte, die sich an diesen Status krallen, entwickeln nicht nur ein schizoïdes Bewußtsein; dieses Bewußtsein drängt auch zu einer adäquaten, nämlich sadomasochistischen Praxis. Das gesamtgesellschaftliche Arbeitshaus findet in der geprägten Arbeitnehmerschaft Heerscharen von potentiellen eilfertigen Hausmeistern, die sich nicht nur jeden Gedanken an eine mögliche individuelle oder kollektive Perspektive jenseits der Arbeit verbitten, sondern auch allzeit arbeitsscheues Gesindel ausmachen, das sie einer angemessenen Behandlung zugeführt wissen wollen. Die Suprematie der Sozialdemokratie gegenüber jedem emanzipatorischen Impuls trägt genauso weit, wie diese sadomasochistische Neigung; solange die SPD sie besser zum Ausdruck bringt als ihre Konkurrenten wird sie im demokratischen Richtungsstreit die Oberhand behalten.

## 8. Gemeingefährliche Gemeinplätze

Man hat dem SPD-Spitzenkandidaten schon während des Wahlkampfes regelmäßig vorgehalten, daß er sich zwar bei jeder Gelegenheit als Macher inszeniere, es aber vollkommen im Unklaren bleibe, welchen Inhalt dieses energische Machen eigentlich haben solle, weil konkrete Aussagen darüber fehlten. Auch nach Amtsantritt hielt diese Kritik an. Die rot-grüne Mannschaft wurde ein ums andere mal der Orientierungslosigkeit geziehen.

Die Vermutung, daß Gerhard Schröder und den Seinen bei aller demonstrativer Entschlossenheit selber nicht so klar war, zu was sie eigentlich entschlossen sind, hat sicherlich einiges für sich. Gründlich in die Irre führt jedoch die doppelte Unterstellung, die gewöhnlich mit dieser Einschätzung einhergeht. Zum einen werden die Unschärfen und Ungereimtheiten der rot-grünen Politik und das Fehlen eines Programms, das diesen Namen verdient, fast immer als deren Schwäche gewertet. Das Gegenteil aber ist richtig. Natürlich hätte eine Partei in der Zeit, als politisches Handeln noch etwas zu verwirklichen hatte, eine ausgesprochen schlechte Figur gemacht, wenn sie so verwaschen und uneindeutig geblieben wäre wie die neue Sozialdemokratie; diese Ära ist indes ein für alle Mal vorüber. Im warengesellschaftlichen Zerfallsprozeß, wo die Grenzen politischer Regulation eigentlich mit Händen greifbar werden, ist der wohlweisliche Verzicht auf Grundsätze, die mehr wären als die Wiederholung des allgemeinsten demokratischen Konsens unabdingbare Voraussetzung, um überhaupt noch eine annehmbare Figur machen zu können. Von Politik-Empfase bleibt, sobald die Politik die Sachzwangslogik nicht mehr erst etablieren muß, sondern ihr nur mehr hinterhertrotten und sie am Laufen halten muß, allein die Phrase übrig – und ansonsten nur das gute Gewissen beim Einfordern von „Opferbereitschaft“ auf den Hinterrängen der Warengesellschaft.

Sicherlich hätte sich Rot-Grün bei Fragen, wie dem Staatsbürgerrecht, dem Ehestandsrecht für Homosexuelle oder auch der Drogenpolitik im Namen der noch ausstehenden Restverwirklichung von Freiheit und Gleichheit mehr profilieren können; und wohl auch in Sachen Atomausstieg hätte es größere Spielräume gegeben (sie nicht ausgeschöpft zu haben, könnte durchaus die Weiterexistenz der Grünen in Frage stellen). Die neue Regierung wäre aber von allen guten Geistern verlassen gewesen, wenn sie sich im Wahlkampf auf den zentralen sozial- und wirtschaftspolitisch relevanten Feldern auch nur annähernd inhaltlich-konkret festgelegt und damit unnötigerweise Kritik provoziert und mögliche Wähler verschreckt hätte. Um über Kohl zu triumphieren mußte Schröder den Meister des Sprechens ohne etwas zu sagen zumindest auf diesem Terrain in der Handhabung seiner ureigensten Waffe übertreffen – und das ist ihm wahrlich hervorragend gelungen. Gegenüber dem neuen Kanzler mutet er alte fast schon wie ein verbiesterter Ideologe und Prinzipienreiter an. Das unbedingte Flexibilitätsgebot betrifft aber nicht nur die Wahlkampfkunst. Es

prägt auch die praktische Politik. Das Weiterwursteln von Fall zu Fall ist die adäquate Form für das, was Politik heute allein zum Inhalt haben kann, nämlich Verwaltung des Krisenprozesses und das Hinauszögern manifester Einbrüche in dessen Verlauf. In sich geschlossene, auf lange Fristen ausgelegte Konzepte können da nur Schaden anrichten.

So falsch es ist, die mangelnde Kohärenz der sozialdemokratischen Programmatik als Manko, statt als Erfolgsvoraussetzung zu deuten, so wenig darf man die Beliebigkeit, mit der die neue Sozialdemokratie mal Anleihen bei neoliberalen mal bei neokeynesianischen Konzepten nimmt und Markt und Staat gleichzeitig in ihr Recht gesetzt sehen will, als Richtungslosigkeit interpretieren. Indem die Sozialdemokratie sich von ihrem alten sozialstaats-paternalistischen Inhalt verabschiedet, wird sie zum entschiedensten Vorkämpfer und Vorneverteidiger der warengesellschaftlichen Basisideologeme. Wenn die neue Sozialdemokratie sich jenseits der klassischen Binnenkonflikte der Moderne angekommen sieht, dann nur, um die Zwangssubsumtion aller gesellschaftlichen Beziehungen unter die Basisprinzipien von Wert und Arbeit auf eine neue Stufe zu heben und ihnen auch dort noch Geltung zu verschaffen, wo die Integrationskraft des realen Verwertungsprozesses sich sukzessive erschöpft. Auch wenn die rot-grüne Regierung in ihrem ersten Jahr wie die Echternacher-Springprozeession gewirkt haben mag, hat sie die Republik doch sprunghaft in diesem Sinne entwickelt. Das „Bündnis für Arbeit“ steht denn auch nicht zufällig im Zentrum des neosozialdemokratischen Bezugssystems. Indem die Sozialdemokratie selbst dort zur Generalmobilmachung im Zeichen der Arbeit bläst, wo das ausschließlich zu Lasten der vom Verkauf ihrer Arbeitskraft Abhängigen und vor allem natürlich der im kapitalistischen Sinne Überflüssigen geht, demonstriert sie schlagend, wieviel blindwütiger Fanatismus in der vermeintlichen neuen Ideologielosigkeit steckt. Auch wenn sich die Gesellschaft nicht länger im Zeichen der verallgemeinerten Lohnarbeit integrieren läßt, dann, so will es das neosozialdemokratische Credo, darf nie und nimmer die Heiligkeit der Arbeit zur Disposition stehen; auf ihrem Altar wird stattdessen die warengesellschaftliche Kohäsion geopfert und immer mehr Menschen werden von den armseligen konsumgesellschaftlichen Gratifikationen immer gründlicher abgeschnitten. So wenig dieser Amoklauf je seinen logischen Fluchtpunkt erreichen kann, so klar zeichnet er sich ab: Die Lohnarbeit kann zur Not verschwinden (indem nämlich der Lohn verschwindet), solange nur die Arbeit erhalten bleibt.

Fast schon klassisch dokumentiert das berühmt berüchtigte Schröder-Blair-Papier (FR vom 10.6.99) wie Phrasendrescherei und ideologische Nullaussagen in ein Programm massiver Repression einmündet. Führt man sich diesen Text lediglich als solchen zur Gemüte, so fällt er vornehmlich durch seine völlige sprachliche Unge-  
nießbarkeit auf. Natürlich hat man sich daran gewöhnt, daß Politiker, wenn sie zur Feder greifen, vornehmlich Seifenblasen produzieren; aber selbst gegenüber den

üblichen Standards fallen die beiden regierenden Oberschwätzer der Bundesrepublik und Großbritanniens (bzw. deren Ghostwriter) noch einmal beträchtlich ab. Durch jedes Halbsätzchen spukt das unvermeidliche Wörtchen „modern“ oder irgendeines seiner Komposita. Auf Schritt und Tritt werden die dümmsten modischen Kalauer wie „Unternehmergeist“, „Eigenverantwortung“ und „Wettbewerbs- und Leistungsdenken“ als neue tiefe Einsicht präsentiert. Originell ist das Machwerk nur, wo es unfreiwillig komisch wird und beispielsweise als neue Leitfiguren einer Gesellschaft „die Kreativität zu schätzen weiß“ neben „erfolgreichen Unternehmern“ auch noch „erfolgreiche Künstler und Fußballer“ anführt.<sup>10</sup>

Nach all dem erbärmlichen Geseiche kommt es dann aber unter dem harmlosen Überschriftchen „Eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die Linke“ knüppeldick. Zur „Verbesserung der persönlichen Lebenschancen“ will die moderne Sozialdemokratie „das Sicherungsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln“. Jede Zumutung wird zur Chance umdefiniert, damit nun erwartet werden kann, „daß jeder die ihm gebotene Chance annimmt.“ So verblasen alle anderen Auslassungen sind, bei den Konsequenzen bedarf es keiner großen Phantasie um das Ganze in Klartext zu übersetzen. Wer nicht bereit ist, sich zu den denkbar miesesten Bedingungen zu verkaufen, braucht nicht damit zu rechnen, noch einen müden Heller aus den Sozialkassen zu bekommen. Wer nicht arbeitet, hat in einer sozialdemokratischen Gesellschaft keinen Platz. Unter der Maske der sozialen Fürsorge lauert die Lust, möglichst viele „Schmarotzer“ über die Klinge springen zu lassen. Wie die nächsten praktischen Schritte aussehen können, lehrt das britische Vorbild: Wer in den letzten drei Jahren keiner Beschäftigung nachging, hat in Zukunft grundsätzlich mit überhaupt keiner staatlichen Hilfe mehr zu rechnen. Der Einstellung „Leistung für Nichts“ soll endgültig ein Riegel vorgeschoben werden: „Unterstützung sollen vor allem diejenigen erhalten, die grundsätzlich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt integriert sind oder waren, denen der Markt aber kaum noch das Überleben sichert. Wer nicht zu dieser (erweiterten) Kernbevölkerung gehört (Immigranten, Jugendliche, Behinderte), wird ignoriert.“<sup>11</sup>

## 9. „Wie war ich, Doris?“

Wer die Kritik an den inhaltlichen Widersprüchen und Unschärfen in der New-Labour-Sozialdemokratie im Allgemeinen oder beim Schröder-Team im Besonderen ernst nehmen will, muß das Label des „Pragmatismus“ hinterfragen, denn dieses

<sup>10</sup> Noch der dümmste Stadionbesucher weiß, daß hochbezahlter (was soll sonst Erfolg sein) Fußball selten etwas mit Kreativität zu tun hat. Und auf dem Gebiet der Kunst sind Kreativität und Markterfolg in der Regel erst recht als Gegensatzpaar und nicht als Synonym zu verstehen.

<sup>11</sup> Jungle World, 24.11.99.

bezeichnet, nur euphemistisch gewendet, nichts anderes als die Diffusität der neosozialdemokratischen Position. Das neue Antiprinzip verdankt seinen gegenwärtigen Ruhm der Implosion jener immanenten Gegensätze, die die Durchsetzung der Warengesellschaft begleitet haben. Die SPD kann weder dogmatisch den Markt gegen den Staat geltend machen, noch umgekehrt, weil beide ihre Blamage bereits hinter sich haben. Zugleich steht der allzeit beschworenen Pragmatismus aber für das übergreifende, selbstverständliche vorausgesetzte Dogma, daß Gesellschaftlichkeit per se nur im Spannungsfeld dieser beiden Pole existieren kann, und für den präventiven Kreuzzug gegen jedes Denken, das auf die Idee verfallen könnte, diesen ersten Lehrsatz der „Realpolitik“<sup>12</sup> nicht anzuerkennen.

Wenn die landläufige mediale Kritik im ersten Regierungsjahr SPD und Bündnisgrünen ein Konzeptionsdefizit nachsagte, dann war sie indes meilenweit davon entfernt, die Deckideologie des „Pragmatismus“ in Frage zu stellen. Im Gegenteil, diese erfreut sich allenthalben größter Akzeptanz; die Sozialdemokratie kann gar nicht pragmatisch genug sein. Wie weit die Türen offen stehen, zeigt auch das aus Großbritannien übernommene Wortungetüm „policy mix“. Bestenfalls den allerletzten verbliebenen Predigern des reinen Neoliberalismus könnte man noch zutrauen, daß sie in dieser neudeutschen Formel noch ihre altdeutsche Entsprechung ausmachen: Kraut und Rüben.

Das ist kein Wunder. Die herrschende öffentliche Meinung reflektiert nicht auf den inneren Zusammenhang von ideologisch-geistiger Regression und praktischer Repression, sie reflektiert ihn lediglich bewußtlos, dies jedoch um so eindeutiger. Daß Schröder in die mediale Kritik geriet, verdankt er bezeichnenderweise nicht den Ungereimtheiten seines Konzepts und dessen Gemeingefährlichkeit; man wollte ihm dessen Umsetzung nur nicht so recht zutrauen. Nicht nur die Beobachter der Neuen Züricher Zeitung warfen in diesem Sinne Rot-Grün vor, das eigene wirtschaftspolitische Programm „mit Füßen zu treten“ (NZZ vom 21.7.99); eine deutliche Mehrheit der veröffentlichten Meinung wurde nie müde, Schröder auf dem Weg, den er sowieso einzuschlagen gewillt war, permanent voranzuprügeln. Dieses Dauerengörgel und die damit einhergehenden Umfrageverluste und Wahlschläppen haben die rasante Umsetzung dieses Programms aber überhaupt erst möglich gemacht. Für Helmut Schmidt war es während seiner Kanzlerschaft immer ein Problem, daß die damalige Opposition den „guten Mann“ gegen die „schlechte Partei“ ausspielen konnte, die er leider repräsentiere. In der heutigen Medien- und Stimmungsdemokratie hat diese Kritik der Schröder-Crew den Freibrief verschafft, um in Windeseile alle

12 Für die Wortschöpfung „Realpolitik“ sollte man dankbar sein. Sie verrät unfreiwillig mehr, als sie verbergen soll. Wenn Politik bereits allenthalben den Anspruch erheben muß, real zu sein, dann kann es mit dem Wirklichkeitsgehalt dieser Realität nicht allzuweit her sein. Die selbstsuggestive Begriffskreation „Realsozialismus“ markierte den Anfang vom Ende des gleichnamigen Systems nachholender Modernisierung. Der Mensch, der es zuerst nötig hatte von Realpolitik zu sprechen, hat unfreiwillig mit der Abfassung der Sterbeurkunde des Politischen begonnen.

störenden Elemente in den Gewerkschaften, beim kleinen Koalitionspartner und in der eigenen Partei an den Rand zu drängen und kaltzustellen. Ohne die entsprechende mediale Aufarbeitung des so oft apostrophierten „Fehlstarts“ wäre Schröder mit seinen Macher-Schaften noch lange nicht so weit, wie er mittlerweile ist.

In der medialen Vermittlung ist schrilles „Querdenkertum“ angesagt. In diese Kategorie fallen indes stets nur all diejenigen, die mit den ältesten Kalauern von Adam Smith, Mandeville und Bentham für die allerneuesten, immer ach so unkonventionellen Maßnahmen zur totalen Vermarktwirtschaftlichung hausieren gehen. Dagegen haben die traditionellen Positionen, der noch Reste des Stallgeruchs klassischer Interessenpolitik von unten anhaften, einfach keine Chance. Lafontaine hätte sich rechtzeitig und konsequent genug von solchem Ballast trennen müssen, nur dann hätte er halbwegs gegen seinen Konkurrenten bestehen können.

Das Ineinandearbeiten von Medien und Politik war keineswegs ein Einzelfall und es handelt sich auch nicht um ein Schicksal, das der Politik von außen, durch die Dazwischenkunft eines ihr wesensfremden Elements, ereilt hat. Sie verweist auf einen grundsätzlichen Umbruch. Wenn am Ende der langen Modernisierungsgeschichte das von der Dichotomie von Staat und Markt bestimmte warengesellschaftliche Universum implodiert, dann nimmt eben auch die Politik unweigerlich Warencharakter an. Die Medienmärkte müssen nicht erst Politik zur Meinungsware transformieren und vereinnahmen, diese drängt von sich aus dazu sich ihnen als ein ihren Bedürfnissen vollkommen adäquates Produkt zu offerieren. Wo Politik das „Gestalten“ nur simulieren kann und zum Exekutor von Systemimperativen herabsinkt, gehen politische Inszenierung und mediale Inszenierung von Politik fließend ineinander über. Parallel zur Herausbildung dieser symbiotischen Beziehung verliert die Organisierung von Staatsbürgern in Gewerkschaften, Parteiapparaten und Bürgerinitiativen rasant ihre Bedeutung als politische Vermittlungsinstanz und Bezugsgröße; an ihre Stelle tritt eine neue medial-plebiszitäre Ordnung. Die Politik-Entertainer bedienen nun unmittelbar, ohne die Dazwischenkunft irgendwelcher schwerfälligen Intermediärgewalten, das in seiner medienkonsumistischen Vereinzelung gleichgeschaltete Fernsehvolk und dessen Instinkte der zweiten Natur. Die als „Gestalten“ bzw. energische „Wiedergewinnung der Gestaltungskraft“ getarnte Ohnmacht der Politik findet dabei in der allmächtigen Ohnmacht des zum Zapper mutierten Staatsbürgers ihre Entsprechung. Das Recht jederzeit völlig frei zwischen dutzenden von TV-Kanälen hin- und herspringen zu dürfen, die alle das gleiche Programm abspulen, wird nun auch zum Muster staatsbürgerlicher Beteiligung. Daß der Kampf konkurrierender politischer Strömungen sukzessive zu einem Wettbewerb mutiert, in dem es nur noch darum geht, wer die stets gleichen Sachzwänge und Programme besser verpacken und verkaufen kann, ist nicht gerade neu. Mittlerweile tut die Politik aber sogar gut daran, wenn sie das gegenüber dem Publikum nicht mehr leugnet und wenn sie darauf verzichtet, längst abgeschliffene ideologische Gegensät-

ze immer neu zu bemühen. Die neue Sozialdemokratie hat das schneller und besser begriffen als die Konservativen und das macht ein Gutteil ihrer Stärke aus.

Tony Blair, nicht zufällig Intimus des Medienmoguls Rupert Murdoch, hat vorge-macht, wie die beiden für den Übergang zur Postpolitik entscheidenden Metamor- phosen umzusetzen sind. Er hat gezeigt, wie man an die Stelle eines schwerfälligen Parteiapparats mit seinem von tradierten Vorstellungen beherrschten Fußvolk, ein schlankes Marketing- und Public Relations-Unternehmen setzt. Er hat ebenso de- monstriert, daß im Wettbewerb mit der Ideologie der Ideologielosigkeit und des Pragmatismus jede Politik mit einer wie auch immer ausgedünnten ideologischen Restprogrammatik, sei sie nun konservativ oder klassisch sozialdemokratisch, einfach nicht mithalten kann. In Gerhard Schröder und der SPD haben Blair und New Labour wirklich gelehrige Schüler gefunden. Vor allem die Geschwindigkeit, mit der er, zusammen mit seinen Unterstützern in den Medien, die alte Dame SPD ihrer Rest- substanz beraubt und amerikanisiert hat, nötigt fast schon wieder Respekt ab. Die Partei, die 1998 stolz verkündete: „Wir sind bereit“, muß eineinhalb Jahre später schon ihre gesamte amnestische Kraft aufwenden, um zu verdrängen, was sich als die praktische Bedeutung dieser Parole mittlerweile herausgeschält hat: „Wir sind prin- zipiell zu allem bereit“.

Vom ersten Tag an suchte der neue Kanzler wie keiner seiner Vorgänger die Nähe von Fernsehen und Presse. Während sein Doppelspitzenpartner Lafontaine ganz im neokeynesianischen Sinn Momente der Nachfrageorientierung ins Regierungspro- gramm aufnehmen wollte, wußte Schröder genau wo mit „Nachfrageorientierung“ heute wirklich Punkte zu machen sind, nämlich im Umgang mit den Medien. Selbst wo diese ihn kritisieren und bespötteln, ist er ihr Liebling geblieben. Daß der Wette- daß-Kanzler als erster deutscher Regierungschef von einem Privatsender mit einer eigene Comedy-Serie („Wie war ich, Doris?“) bedacht wurde, hat ihn zweifellos nur zum Vorteil gereicht.<sup>13</sup> Einen ernsthaften Herausforderer könnte er nur in einem Konkurrenten finden, der mindestens genauso konsequent Politik als Unterabteilung des Medienbetriebs begreift, wie er selber.

Die Symbiose von Medienbetrieb und neusozialdemokratischer Politik bezieht sich nicht nur auf die gemeinsame Form. Sie treffen sich auch in ihrem Inhalt. Die Medien erzeugen Entwirklichung und verkaufen Parallelwirklichkeiten, die Politik kann nur noch sozialen Konsens stiften, indem sie die Ausblendung der Krisenwirk- lichkeit organisiert und sicherstellt.

13 Daß diese Serie mittlerweile eingestellt wurde, könnte darauf verweisen, daß Schröder der Durchbruch gelungen ist.